

Aufklären statt verklären

Über die Bedeutung ökonomischer Bildung in Zeiten von Krisen

Von Tim Engartner

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat zahlreiche Staaten genötigt, milliardenschwere Hilfspakete zu schnüren, um angeschlagene Banken zu retten, verunsicherten Bürger(inne)n Vertrauen einzuflößen und das Abgleiten ihrer Volkswirtschaften in die größte Rezession seit der Weltwirtschaftskrise 1929/32 zu verhindern. Regierungen gleich welcher Couleur sicherten sich Beteiligungen an den einstigen Leuchttürmen der Finanzwelt – an Goldman Sachs und JP Morgan in New York, an Dexia und Fortis in Brüssel, an der Royal Bank of Scotland und der Lloyds Banking Group in London, an der HELABA und der Commerzbank in Frankfurt am Main. Seither wird nicht nur in den Feuilletons rege diskutiert, ob der Kapitalismus neuzeitlicher Prägung als „Ausnahmezustand in Permanenz“ zu begreifen ist oder aber derartige Krisen schlichtweg die Kehrseite der Medaille – sprich: von Boom-Phasen – sind (vgl. Beitrag von W. Plumpe).

Wenngleich die Ursachendeutungen vielfältig sind, so drängt sich doch der Eindruck auf, dass insbesondere die „Selbstentmachtung des Staates“ qua Deregulierung die historisch beispiellosen Verwerfungen im Finanzsektor ausgelöst hat. Aber während die im politischen Raum diskutierten Forderungen nahezu ausschließlich auf die Neujustierung der staatlichen Rahmenvorgaben zielen, bleibt weitgehend unbedacht, dass Bildung zu einem der langfristig wirksamsten Hebel zählen dürfte, um den überzogenen Glauben an die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ zu entkräften, das Credo des „schlanken“ Staates zu dechiffrieren und die Fehlanreize im Bankensystem zu identifizieren. So können Kund(inn)en ihren Bankberater(inne)n nur dann die Stirn bieten, wenn sie um deren Interessenkonflikt zwischen Kunden- und Provisionsinteresse wissen. Will ökonomische Bildung auch diesbezüglich zur Aufklärung beitragen, darf sie sich nicht auf individuelle „Krisenpräventionsstrategien“ im Sinne der Verbraucherbildung beschränken. Zugleich muss ein explizit politischer Blick auf die Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Finanzkrise geworfen werden, um Antworten auf eine der zentralen, wenn nicht gar die zentrale Frage unserer Zeit zu geben: Wie lassen sich ökonomische Prozesse politisch steuern?

Argumente für eine Neuausrichtung der ökonomischen Bildung

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise könnte den Weg in Richtung einer auf kritische Selbstreflexion zielenden Debatte

über die normativen Grundlagen der ökonomischen Bildung ebnen, um etwa die Anfälligkeit modelltheoretischer Darstellungen zu ergründen. Erlaubt sein muss auch die Frage, ob mathematischen Methoden und Modellen nicht allzu lange eine geradezu naturgesetzliche Allgemeingültigkeit bescheinigt wurde. In einer Gesellschaft, in der ökonomische (Schein-)Rationalitäten immer mehr Lebensbereiche erfassen, muss dem emanzipatorischen Anspruch von Bildung auch dadurch Rechnung getragen werden, dass selektive und tendenziöse Darstellungen reflektiert, alternative Argumentations- und Denkmuster ergründet sowie Anstöße zur individuellen Urteilsbildung gegeben werden.

Bereits im Juni 2000 hatten zahlreiche Ökonomie-Studierende französischer Hochschulen in einem von der Zeitung *Le Monde* veröffentlichten „Offenen Brief“ die Abkehr von einer monoparadigmatischen und mathematisierenden Ausrichtung der Lehrbuchökonomie verlangt: „Mit der Ausblendung von Kontroversen wird nicht nur verkannt, dass (...) Meinungsverschiedenheiten ein konstitutives Merkmal pluralistischer Gesellschaften sind und immer wieder als Motor sozialen Wandels wirken, sondern auch, dass die Kontroversität als didaktisches Leitprinzip eine jahrhunderte alte Tradition hat. Von all den vorhandenen Zugängen präsentiert man uns im Allgemeinen nur einen einzigen, (...) so als ob es sich um die ökonomische Wahrheit handele. Wir akzeptieren diesen Dogmatismus nicht. Wir wollen einen Pluralismus der Erklärungen, der der Komplexität der Gegenstände und der Unsicherheit, die über den meisten großen Fragen der Ökonomik (Arbeitslosigkeit, Ungleichheit ...) schwebt, angemessen ist.“

Theorien-, Paradigmen- und Wertevielfalt

Die Koexistenz verschiedener Paradigmen, Theorien, Modelle, Methoden, Werte und (Wissenschafts-) Kulturen muss gerade in der ökonomischen Bildung als identitätsstiftend verstanden werden. Überdies bedarf es der Relationierung, d.h. der „In-Bezug-Setzung“ ökonomischer Themen mit historischen Entwicklungssträngen, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, politischen Gestaltungsmöglichkeiten und rechtlichen Vorgaben. Nur dann kann sich ökonomische Multikulturalität in unterschiedlichen Organisationsformen der Produktion, in unterschiedlichen Anspruchshaltungen an die berufliche Tätigkeit sowie in unterschiedlichen Selbstbildern – von der „Selbstoptimierung“ bis hin zur Selbstverwirklichung im Einklang mit dem Suffizienz-Postulat – widerspiegeln.

Will man dem von zahlreichen Lobbyverbänden geforderten Separatfach „Wirtschaft“ entgegenwirken, bedarf es einer Verstärkung der politischen und einer Wiederbelebung der soziologischen Bildung. Keinesfalls darf die „Inthronisierung“ der ökonomischen die „Entthronung“ der politischen Bildung zum Ziel haben. Andernfalls droht die auf die „Totalbewirtschaftung“ des Lebens zielende Kosten-Nutzen-Kalkulation, die alles Tun und Trachten – von der Aufnahme des Studiums bis hin zur Familiengründung – unter den ökonomischen Vorbehalt des „Sich-Rechnen-Müssens“ stellt, zum Fixpunkt ökonomischer sowie zum Referenzrahmen sozialwissenschaftlicher Bildung zu werden. Schon jetzt sieht sich die politische Bildung mit der Herausforderung konfrontiert, dass die (Re-)Strukturierung einer wachsenden Zahl von Gesellschaftsbereichen nach Markt-, Effizienz- und Konkurrenz-kriterien mit einem vielfach tolerierten Verzicht auf Ziele der politischen Bildung einhergeht. Eine allein auf die neoklassische Standardökonomie fokussierte ökonomische Bildung lässt jedoch bedeutende Themenfelder unberücksichtigt, wie z.B. die rasante Beschleunigung der Arbeitsprozesse, die Einflussnahme von Unternehmen auf politische Entscheidungsprozesse, die Trennlinie zwischen Gewinn- und Gemeinwohlorientierung oder das durch Werbung motivierte Konsumverhalten. Dabei gibt uns ethischer Konsum beim Kaffeetrinken, beim Schokoladenverzehr und beim Kauf von Textilien mehr denn je Gelegenheit, den Kaufakt in eine Abstimmung über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen zu verwandeln.

Notwendigerweise ausbleibende Antworten

Zugleich muss deutlich(er) herausgestellt werden, dass wirtschaftswissenschaftliche Erklärungsansätze auf viele Fragen keine befriedigenden Antworten geben:

Welchen Wert haben sozialstaatliche Grundsätze wie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse oder die Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit? Nach welchen Kriterien sollen institutionelle Arrangements wie Demokratie, Mitbestimmung oder Minderheitenschutz beurteilt werden? Antworten auf derartige Fragen entziehen sich effizienztheoretischen Bewertungen, verlangen infolgedessen geradezu nach einer politischen, soziologischen, ethischen und/oder normativen Einschätzung. Cum grano salis: Ein Ökonom, der neben der Wachstums- nicht auch die Verteilungsfrage stellt, ist wie ein Geograph, der sich nur um die Längen-, nicht aber auch um die Breitengrade kümmert.

Unter dem Dach der sozialwissenschaftlichen Bildung müssen auch solche Positionen vermittelt werden, die der neoklassischen Standardökonomie Argumente entgegensetzen, indem die Grammatik der Gesellschaft gelesen und deren politische Konstitution gedeutet wird. Letztlich gilt es, den von John M. Keynes formulierten Anspruch einzulösen, wonach jeder Ökonom bis zu einem gewissen Grad auch Mathematiker, Historiker und Philosoph sein sollte. Schließlich ist derjenige, der dem ökonomischen Rationalismus in jeder Lebenssituation erliegt, weniger ökonomisch gebildet als vielmehr ökonomistisch verbildet.

Überblick

Aktuell	2
Forschung	8
International	14
Kultur	15
Campus	16
Impressum	17
Bücher	18
Bibliothek	19
Freunde	20
Studium	21
Menschen	22
Termine	23



Nach den UniReport-Essays „Der Kapitalismus und seine Kritiker“ von Werner Plumpe (2/2013) und „Europa am Scheideweg“ von Bertram Schefold (3/2013) widmet sich nun Tim Engartner dem Thema Finanz- und Staatsschuldenkrise aus bildungswissenschaftlicher Perspektive.

Tim Engartner ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main.